

Vorwort	11
1. Teil: Einführung	13
2. Teil: Darstellung des Straftatbestands § 266 a Abs. 1 StGB und der damit in der Insolvenz verbundenen Probleme	15
I. Rechtsgut	15
1. Zum Wesen der Sozialversicherung	15
a) Geschichtliche Entwicklung	15
b) Die Stellung der Sozialversicherung in Gesellschaft und Rechtsordnung	16
2. Der Weg zur Einführung des § 266 a StGB	19
3. Schutzzweck des § 266 a Abs. 1 StGB	20
II. Die Charakteristik des § 266 a Abs. 1 StGB	23
III. Die Pflichten des Unternehmers gegenüber den Sozialversicherungsträgern	25
1. Die Handlungsanweisung aus dem Sozialversicherungsverhältnis	25
2. Zu den allgemeinen Pflichten des Unternehmers aus strafrechtlicher Sicht	27
a) Unternehmensorganisation und täterschaftliche Zurechnung	27
(a) Die Bedeutung der Rechtsform	27
(b) Die Strafbarkeitsbegründung der handelnden Organe nach § 14 Abs. 1 StGB	27
(c) Die Strafbarkeit des faktischen Geschäftsführers	29
b) Arbeitsteilung als strafrechtliches Problem	31
3. Das Prinzip der unternehmerischen Handlungsfreiheit und seine Begrenzungen	33
4. Die Frage nach dem Bestehen einer Tilgungspräferenz der Sozialversicherungsbeiträge gegenüber anderen Forderungen	36
5. Die Lohnzahlung als Strafbarkeitsvoraussetzung	39
IV. Unmöglichkeit der Leistungserbringung des Unternehmers gegenüber den Sozialversicherungsträgern	41
1. Zur Frage der Möglichkeit der geforderten Handlung bei Unterlassungsdelikten	41
2. Die Normen- und Pflichtenkollision	43
a) Die Kennzeichen des Insolvenzeintritts	43
(a) Allgemeine Ausführungen	43
(b) Zahlungsunfähigkeit	48
(c) Drohende Zahlungsunfähigkeit	52
(d) Überschuldung	53
b) Die Auswirkungen der Insolvenz auf den Straftatbestand des § 266 a Abs. 1 StGB	59
V. Ausblick auf den weiteren Gang der Untersuchung	63
3. Teil: Strafrechtliche Lösungsansätze	65
I. Der § 266 a Abs. 1 StGB als Tatbestand des Wirtschaftsstrafrechts	65
1. Die Besonderheiten des Wirtschaftsstrafrechts	65

2.	Die Verwendung außerstrafrechtlicher Begriffe	69
3.	Die Einordnung des § 266 a Abs. 1 StGB	72
4.	Der Mißbrauch des Wirtschaftsstrafrechts zur Durchsetzung von Ansprüchen	73
5.	Der Unternehmer als Straftäter	75
II.	Ziel und Zweck von Strafe	77
1.	Allgemeine Ausführungen	77
2.	Die Aufgabe des Rechtsgüterschutzes	82
3.	Präventivwirkung von Strafe	84
a)	Im Strafrecht allgemein	84
b)	Im Wirtschaftsstrafrecht im besonderen	86
4.	Die Vorzüge der Einführung einer Strafmündigkeit von Unternehmen	90
5.	Die Anforderungen strafrechtlicher Grundsätze	95
a)	Die Subsidiarität des strafrechtlichen Schutzes	95
b)	Das strafrechtliche Bestimmtheitsgebot	98
c)	Die Lehre vom erlaubten Risiko	101
III.	Das Vorenthalten der Sozialversicherungsbeiträge als Insolvenzdelikt	104
1.	Die Besonderheiten von Insolvenzdelikten im allgemeinen	104
2.	Die Einordnung des § 266 a Abs. 1 StGB	107
3.	Die Pflicht zur Stellung des Insolvenzantrags	109
4.	Das Postulat von der Einheit der Rechtsordnung	110
5.	Die Probleme mit dem Vorsatz	113
6.	Die Rechtfertigung der Vorenthaltung in der Insolvenz	114
7.	Das Zahlungsverbot in der Insolvenz	115
IV.	Zur Vorverlagerung der Strafbarkeit	119
1.	Omissio libera in omittendo	122
2.	Omissio per commissionem	125
V.	Zur Machtlosigkeit des Strafrechts	127
1.	Der verbleibende Anwendungsbereich des § 266 a Abs. 1 StGB	127
a)	Die vereinbarte Schwarzarbeit	127
b)	Die inkongruente Deckung	127
2.	Die Option der Straffreiheit durch Selbstanzeige gemäß § 266 a Abs. 5 StGB	127
3.	Konstruktive Schutzwirkung oder Kontraproduktivität durch die Herbeiführung von Insolvenzen	130
4.	Die Einrichtung von unternehmensinternen Kontrollen	133
VI.	Zwischenergebnis	135
4. Teil: Außerstrafrechtliche Lösungsansätze	137	
I.	Der Weg zur Entkriminalisierung	137
II.	Außerstrafrechtliche Alternativmaßnahmen	138
1.	Die Verhängung eines Berufsverbots	138
2.	Die Gleichberechtigung der Sozialversicherungsträger als Gläubiger in der wirtschaftlichen Krise	139

III.	Rechtsgüterschutz durch effizientes Insolvenzmanagement	141
1.	Die allgemeine Zielsetzung eines Insolvenzverfahrens	141
2.	Die Effizienz einer Insolvenzprophylaxe	148
3.	Die Pflicht zur ausreichenden Kapitalaufbringung	153
4.	Die Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	154
5.	Die Erhöhung der Attraktivität des Insolvenzverfahrens für den Schuldner	155
IV.	Die zivilrechtliche Haftung der Akteure	158
1.	Im allgemeinen	158
2.	Die Haftung der Geschäftsführer	159
3.	Der Durchgriff auf die Gesellschafter	161
V.	Die Umverteilung des Risikos bei Fortführung des Unternehmens in der Krise	164
5. Teil:	Zusammenfassung	167
	Literaturverzeichnis	169